

fraktion intern*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 01 · 12.02.2014

*Inhalt

- | | | | |
|----|--|----|--|
| 02 | Die neue SPD-Bundestagsfraktion | 10 | Patriot-Einsatz in der Türkei verlängert |
| 03 | Editorial | 10 | Nato-Einsatz im Mittelmeerraum |
| 04 | Die Koalition startet durch | 11 | Oppositionsrechte werden gestärkt |
| 06 | Thomas Oppermann im Interview:
Wir machen Tempo | 11 | Sie haben die Länderinteressen im Blick |
| 08 | Lambrecht führt Fraktionsgeschäfte | 12 | Die neue Fraktionsspitze stellt sich vor |
| 09 | Arzneimittelpreise im Griff behalten | 14 | Erweiterter Fraktionsvorstand, Ausschuss-
vorsitzende, Arbeitsgruppensprecher |
| 09 | Beitragssätze für die Rente stabil halten | 16 | Verschiedenes/Impressum |

Mehr Informationen gibt es hier:

www.spdfraktion.de
www.spdfraktion.de/facebook
www.spdfraktion.de/googleplus
www.spdfraktion.de/twitter
www.spdfraktion.de/youtube
www.spdfraktion.de/flickr

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT

 **SPD**
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

Die neue SPD-Bundestagsfraktion

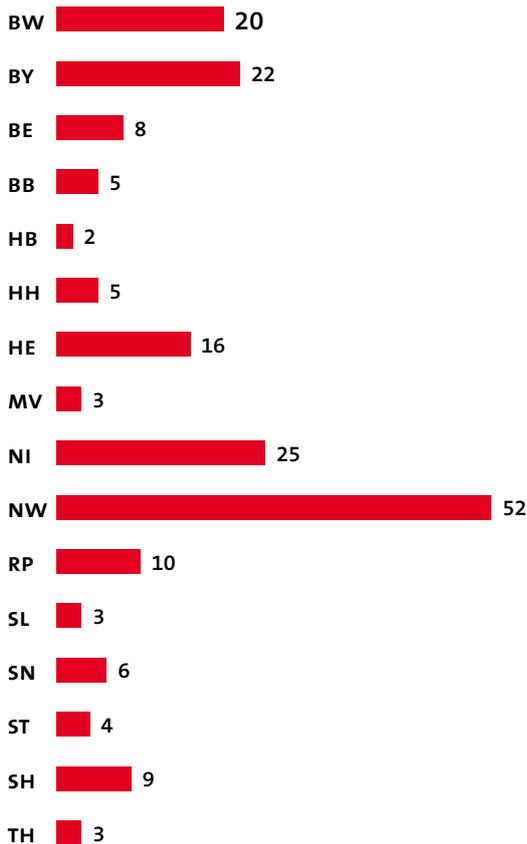
Mit 193 Abgeordneten ist die SPD-Fraktion in der 18. Wahlperiode im Bundestag vertreten. Das sind 47 Abgeordnete mehr als in der 17. Wahlperiode. Im Fraktionssitzungssaal ist es jetzt deutlich voller, und das ist gut so.

Außerdem hat die SPD-Fraktion viele neue Gesichter: 87 Abgeordnete sind neu in den Bundestag gewählt worden. 106 Abgeordnete konnten wieder ins Parlament einziehen. Das ist ein Verhältnis von 45 Prozent (neu gewählt) zu 55 Prozent (wieder gewählt). Frischer Wind und Erfahrung werden sich in der Zusammenarbeit gut ergänzen.

58 Abgeordnete sind direkt in ihren Wahlkreisen gewählt worden, 135 Abgeordnete über die Landeslisten. Von den neu gewählten Abgeordneten wurden 15 direkt und 72 über die Landesliste gewählt.

193 Abgeordnete aus 16 Bundesländern

Die Verteilung der Sitze im 18. Deutschen Bundestag für die SPD-Fraktion pro Bundesland:



42 Prozent der Abgeordneten sind Frauen

Die SPD-Fraktion ist deutlich weiblicher geworden: 81 Frauen gehören der Fraktion an. Das entspricht einem Frauenanteil von 42 Prozent. Es sind 26 Frauen mehr als in der letzten Wahlperiode. Da lag ihr Anteil noch bei 37,6 Prozent.

Mehr Abgeordnete mit Migrationshintergrund

Auch der Anteil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund ist gewachsen: Immerhin sind es in der 18. Wahlperiode 13 Frauen und Männer. Damit liegt die SPD-Fraktion vor allen anderen Bundestagsfraktionen. Die Erfahrungen der Fraktionsmitglieder mit ausländischen Wurzeln und ihr Zugang zu unterschiedlichen Kulturen und Traditionen werden die Arbeit der Fraktion bereichern.

Das jüngste Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion ist der Duisburger Abgeordnete Mahmut Özdemir mit 26 Jahren. Der älteste Abgeordnete der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bundestag ist Gernot Erler aus Freiburg mit 69 Jahren. Der Altersdurchschnitt der Fraktion in der 18. Wahlperiode liegt bei 50,56 Jahren. 26 Abgeordnete sind jünger als 40 Jahre.

Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

das Jahr hat für uns gut begonnen. Wir machen uns mit ordentlich Tempo daran, den Koalitionsvertrag umzusetzen. Da steckt viel Sozialdemokratie drin: die Rente nach 45 Beitragsjahren, der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn, die Bekämpfung von Missbrauch bei der Leiharbeit, aber auch die Mietpreisbremse, die Abschaffung des Optionszwangs für Kinder von Einwanderern und vieles mehr.

Unser Ziel für die kommenden vier Jahre ist es, die Lebenssituation vieler Millionen Menschen spürbar zu verbessern. Das Rentenpaket ist dabei eines der wichtigsten Vorhaben der gesamten Bundesregierung. Unsere Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, hat es in kürzester Zeit und trotz teils heftiger Kritik vorgelegt. Das Rentenpaket sorgt für mehr Gerechtigkeit. Wer 45 Jahre gearbeitet hat, wer Kinder großgezogen hat, der stützt in ganz besonderer Weise die Stabilität der Sozialversicherungen. Das verdient Respekt und Anerkennung. Die gesamte Bundesregierung steht hinter unserem Rentenpaket und es ist gut für die Menschen, dass es zügig umgesetzt wird.

Auch Sigmar Gabriel hat sehr schnell ein sehr gutes Konzept für den Neustart der Energiewende vorgelegt. Die Reform der Ökostromförderung ist ein wichtiger Baustein, damit die lang brach liegende Energiewende am Ende zum Erfolg geführt werden kann. Dabei hat er zu Recht nicht angekündigt, dass langfristig die Strompreise sinken werden. Damit ist auch nicht zu rechnen. Sie dürfen aber nicht mehr so schnell steigen wie in den vergangenen Jahren. Deshalb ist es richtig und wichtig, jetzt die Vergütungssätze für Strom aus erneuerbaren Energien zu senken. Dazu müssen alle Beteiligten ihren Beitrag leisten, in Bund und Ländern.

Und wie versprochen: Wir kümmern uns auch um die Aufklärung der NSA-Affäre. Nachdem die Opposition einen Untersuchungsauftrag vorgelegt hat, haben wir uns mit der Koalition auf einen besseren Vorschlag geeinigt. Sicherlich werden wir uns schließlich auf einen gemeinsamen Auftrag aller Fraktionen einigen können.

Schon nach wenigen Wochen in der Regierung wird die SPD als Motor der Koalition angesehen. Damit können wir gut leben. Wichtig ist, dass wir so hochmotiviert und engagiert bleiben, damit sich für die Menschen in diesem Land endlich wieder etwas bewegt.



A handwritten signature in black ink, which reads "Christine Lambrecht".

Christine Lambrecht
Erste Parlamentarische Geschäftsführerin

Die Koalition startet durch

Drei Tage lang hat der Deutsche Bundestag Ende Januar in einer Aussprache zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin über die Vorhaben der Großen Koalition debattiert. Die SPD-Bundestagsfraktion will die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages rasch umsetzen. Eine Übersicht wichtiger Vorhaben, die 2014 anstehen.

Ressort für Ressort haben Vertreterinnen und Vertreter von Regierung und Koalitionsfraktionen in der Generaldebatte im Bundestag ihre Pläne dargelegt und erläutert, wie die Koalition die Zukunft des Landes gestalten will. Bereits in den kommenden Wochen und Monaten wird sich das Parlament mit einer ganzen Reihe von Vorhaben befassen. „Wir wollen, dass dieser Koalitionsvertrag umgesetzt wird“, sagte Thomas Oppermann, „und dass dadurch das Leben der Menschen in Deutschland besser und gerechter wird.“

Bezahlbarer Strom: Neustart der Energiewende

Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel hat im Januar Eckpunkte für eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vorgelegt. Ziel ist es, den Anteil des produzierten Stroms aus Erneuerbaren Energien in den nächsten zehn Jahren auf 40 bis 45 Prozent zu steigern, gleichzeitig aber die steigenden Strompreise für Verbraucher und Industrie in den Griff zu bekommen und die Kosten der Energiewende gerechter zu verteilen.

„Die Energiekosten haben für private wie gewerbliche Konsumenten mittlerweile die Schmerzgrenze überschritten“, sagte Gabriel bei der Vorstellung seiner Pläne im Bundestag. Diese Kostendynamik müsse durchbrochen werden.

Mit der geplanten EEG-Novelle sollen verbindliche Ausbaukorridore für Erneuerbare Energien festgelegt, Überförderungen bei der Einspeisevergütung abgebaut und die Vergütungen für neue Anlagen gesenkt werden. Mittelfristig – spätestens ab 2017 – soll die Förderhöhe der Erneuerbaren Energien über Ausschreibungen bestimmt werden, um die günstigste Form der Energieerzeugung bei den jeweiligen Technologien zu ermitteln. Zudem soll mit der Pflicht zur Direktvermarktung die Integration der Erneuerbaren in den Strommarkt vorangetrieben werden.

Der Bundestag wird sich voraussichtlich im Frühjahr mit dem geplanten Gesetzentwurf befassen. Die Neuregelungen könnten dann Anfang August in Kraft treten.

SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil: „Die von Sigmar Gabriel vorgeschlagenen Maßnahmen für eine grundlegende Reform des EEG sind notwendig, um die Energiewende endlich wieder auf Erfolgskurs zu bringen. Deutschland braucht eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung.“

Lebensleistung anerkennen: das Rentenpaket

Als erstes Gesetzesvorhaben der Koalition hat das Bundeskabinett Ende Januar das Rentenpaket beschlossen. Im Bundestag machte Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles deutlich, worum es geht: „Diejenigen, die sich anstrengen, diejenigen, die hart arbeiten, diejenigen, die Kinder erzogen haben, sollen wissen: Ihr Einsatz lohnt sich. Er wird wertgeschätzt.“

Das geplante Rentenpaket besteht aus vier Bausteinen:

- Wer 45 Jahre lang Rentenbeiträge gezahlt hat, soll künftig vor Erreichen der Regelaltersgrenze ohne Abzüge in den Ruhestand gehen können. Zunächst mit 63 Jahren, danach steigt die Altersgrenze schrittweise auf 65 Jahre.
- Mit der sogenannten ‚Mütterrente‘ sollen Erziehungsleistungen besser anerkannt werden. Rentnerinnen, die vor 1992 Kinder bekommen haben, erhalten einen zusätzlichen Entgeltpunkt für jedes Kind. Diejenigen, die noch nicht in Rente sind, erhalten für ihre spätere Rente ein weiteres Jahr Kindererziehungszeit gutgeschrieben. Von der ‚Mütterrente‘ profitieren unmittelbar 9,5 Millionen Frauen – und auch einige Männer.
- Menschen, die nicht mehr arbeiten können, werden besser abgesichert: Wer ab dem 1. Juli 2014 in Erwerbsminderungsrente geht, erhält mehr Geld.
- Das Reha-Budget wird erhöht. Die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung können so mehr Leistungen zur medizinischen und beruflichen Rehabilitation finanzieren.

Die stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann ist überzeugt: Das Rentenpaket schließt Gerechtigkeitslücken und wird gemeinsam mit den geplanten Reformen am Arbeitsmarkt dafür sorgen, Lebensleistung besser anzuerkennen.

Das Gesetz zum Rentenpaket wird voraussichtlich ab März im Bundestag beraten und soll zum 1. Juli in Kraft treten.



Lohndumping bekämpfen: der Mindestlohn

Ebenfalls noch dieses Jahr soll ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde beschlossen werden und zum 1. Januar 2015 in Kraft treten. Abweichungen sollen dann nur noch aufgrund eines Tarifvertrages und längstens bis zum 31. Dezember 2016 möglich sein. Die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns soll in regelmäßigen Abständen von einer Kommission der Tarifpartner überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Außerdem soll die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert werden. Hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten bessere Löhne und mehr Sicherheit.

Mieterinnen und Mieter schützen: die Mietpreisbremse

Noch im März will Justiz- und Verbraucherschutzminister Heiko Maas einen Gesetzentwurf für eine Mietpreisbremse vorlegen. Gerade bei Wiedervermietungen erhöhen Vermieter die Mietpreise teilweise drastisch. „Gegen diese unverhältnismäßige Dynamik bei den Mieten müssen wir etwas tun“, so der Minister.

In Zukunft sollen die Bundesländer Gebiete festlegen können, in denen bei Wiedervermietung die Mietsteigerung auf maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt wird. Außerdem sollen Mieterinnen und Mieter von Maklergebühren entlastet werden. Künftig soll gelten: Wer bestellt, bezahlt.

Eva Högl, stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende: „Wir helfen damit vielen Menschen in den Ballungszentren und Großstädten, eine bezahlbare Wohnung zu finden und in ihren angestammten Kiezen wohnen bleiben zu können.“

Gleichstellung voranbringen: Frauenquote und gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, soll für Neubesetzungen in Aufsichtsräten von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen ab 2016 eine Frauenquote von mindestens 30 Prozent eingeführt werden. Außerdem müssen alle mitbestimmungspflichti-

gen oder börsennotierten Unternehmen ab 2015 verbindliche Zielgrößen für die Erhöhung des Frauenanteils im Aufsichtsrat, im Vorstand und im obersten Management festlegen, veröffentlichen und erste Ziele innerhalb der laufenden Legislatur erreichen. Justizminister Maas hat angekündigt, ein entsprechendes Gesetz gemeinsam mit Frauenministerin Manuela Schwesig innerhalb der ersten 100 Tage der Koalition auf den Weg zu bringen.

Schwesig kündigte außerdem an, noch in diesem Jahr Eckpunkte für ein „Entgeltgleichheitsgesetz“ vorzulegen. Damit soll der unterschiedlichen Bezahlung von Frauen und Männern entgegen gewirkt werden. Denn noch immer bekommen Frauen im Durchschnitt 22 Prozent weniger Lohn. SPD-Fraktionsvizein Carola Reimann: „Wir wollen Hindernisse aus dem Weg räumen, die Frauen von einem fairen und gerechten Lohn ausschließen.“

Integration verbessern: das Ende der Optionspflicht

Die so genannte Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern wird abgeschafft. Sie können künftig sowohl die deutsche Staatsangehörigkeit als auch die ihrer Eltern behalten.

Bislang führt der Optionszwang dazu, dass sich die betroffenen jungen Menschen für eine ihrer beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden müssen. Wer sich bis zum 23. Geburtstag nicht entschieden hat, muss den deutschen Pass abgeben. Dieses Integrationshemmnis wird nun beseitigt. Die bisherige Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion und jetzige Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoğuz, spricht von einem Paradigmenwechsel, der in den nächsten Jahren hunderttausenden Betroffenen helfen wird.

In die Zukunft investieren

Um die Investitionsschwäche Deutschlands zu überwinden und die Chancengleichheit junger Menschen zu stärken, sollen die Zukunftsinvestitionen in Bildung, Wissenschaft, Forschung, Verkehr und Städtebau erhöht werden.

„Wir machen Tempo“



Thomas Oppermann (59 Jahre) hat Rechtswissenschaften studiert und war zunächst Richter an Verwaltungsgerichten in Hannover und Braunschweig, bevor er 1990 niedersächsischer Landtagsabgeordneter wurde. Von 1998 bis 2003 war er dort Minister für Wissenschaften und Kultur. Seit 2005 vertritt Oppermann den Wahlkreis Göttingen im Bundestag. Vom 26. November 2007 bis zum 16. Dezember 2013 war er Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, seitdem ist er ihr Vorsitzender.

Der Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann im Interview mit Fraktion Intern

Was hast du gedacht, als du gebeten wurdest, den Fraktionsvorsitz zu übernehmen?

Spätestens seit Beginn des Wahlkampfes war ich darauf aus und habe monatelang dafür gekämpft, Innenminister Friedrich aus dem Amt zu verdrängen. Das ist mir ja auch teilweise gelungen. Als die Frage aufkam, ob ich Fraktionsvorsitzender werden solle, habe ich kurz gezögert – aus Respekt vor dem Amt und den Amtsvorgängern. Ich habe mich gefragt: Bin ich der Richtige, passe ich in diese Reihe? Nach vielen Gesprächen habe ich mich aber entschieden: Ich will Fraktionsvorsitzender sein und werde alles daran setzen, das Amt gut auszufüllen.

Du warst als Parlamentarischer Geschäftsführer eher Angreifer. Wie interpretierst du deine neue Rolle?

Ich habe Freude an pointierten Formulierungen, die gehören auch zur politischen Auseinandersetzung. Das wird sich auch nicht ändern. Aber wir sind nun eine Regierungsfraktion, da geht es weniger um das Angreifen sondern vielmehr darum, die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen.

In den Medien war oft von einem Fehlstart der Großen Koalition die Rede ...

Da wurde wohl das ein oder andere überinterpretiert. Jeder sieht: Wir machen ordentlich Tempo: Rente, Energiewende, Frauenquote.

Wie lässt sich gewährleisten, dass die SPD-Fraktion nicht zum Abnickverein der Bundesregierung wird?

Die Fraktion wird aber sicher kein Abnickverein. Wir werden unsere Kompetenz und unser Engagement einbringen, denn wir Abgeordneten sind es, die den letzten Strich an jedes Gesetz machen. Wir werden diskutieren und dann entscheiden.

Wo liegt für die Fraktion in den kommenden vier Jahren der Arbeitsschwerpunkt?

Im Koalitionsvertrag steckt viel sozialdemokratische Substanz, die wir umsetzen werden. Schon in den nächsten Monaten etwa haben wir die Energiewende, die abschlagsfreie Rente mit 63 und die Mütterrente sowie den Mindestlohn auf dem Programm. Das wird die Lebenssituation vieler Millionen Menschen konkret und spürbar verbessern.

Aber wir schauen auch über den Tellerrand hinaus. Politik endet ja nicht 2017. Wir werden unsere inhaltliche Stärke weiter ausbauen und Ideen und Konzepte entwickeln, die über die Große Koalition hinausreichen.

Wie eng arbeitest du künftig mit dem Unionsfraktionschef Volker Kauder zusammen?

Das läuft schon richtig gut. Wir werden eine Achse dieser Koalition sein, da bin ich mir sicher. Ich schätze seine verlässliche und professionelle Art.

Glaubst du, dass die USA ein Nicht-Spionage-Abkommen unterzeichnen werden? Sie müssten dann ja ihre Abhörtechnik in Berlin, für die sie vermutlich viel Geld in die Hand genommen haben, aufgeben ...

Das wäre viel besser, als wenn wir die Werte aufgeben, die uns verbinden. Die Abhörmaßnahmen der NSA sind doch völlig aus dem Ruder gelaufen. Deshalb müssen wir in Verhandlungen auf Augenmaß und Verhältnismäßigkeit bestehen. Ich hoffe, dass der Besuch der Kanzlerin bei Obama dazu beiträgt, dass wir zu einem guten Ergebnis kommen.

Momentan wird das von Andrea Nahles vorgelegte Rentenpaket breit diskutiert. Kritiker sagen, es sei ungerecht gegenüber jüngeren Beitragszahlern. Siehst du das auch so?

Andrea Nahles hat ein Paket vorgelegt, das für mehr Gerechtigkeit sorgt. Wer 45 Jahre gearbeitet hat, wer Kinder großgezogen hat, der stützt in ganz besonderer Weise die Stabilität der Sozialversicherungen. Das muss eine Wertschätzung bei der Rente erfahren.

Diese Rentenentscheidungen gehen nicht zu Lasten künftiger Generationen. Das wäre nur der Fall, wenn wir Mütterrente und Rente mit 63 auf Pump finanzieren würden, mit neuen Krediten. Das tun wir nicht. Wir nehmen es erst aus den Beiträgen und gehen dann – ohne Schulden zu machen – in die steuerliche Unterstützung für die Mütterrente über, die schließlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Zudem investieren wir ja gleichzeitig in Bildung, Forschung und Infrastruktur, damit wir die wirtschaftliche Stärke Deutschlands in den kommenden Jahrzehnten erhalten. Davon profitieren besonders die Jungen.

Strom wird teurer und teurer. Energieminister Sigmar Gabriel will dagegen vorgehen. Wie kann man den Strompreis in Schach halten und trotzdem die Energiewende voranbringen?

Sigmar Gabriel hat sehr schnell ein sehr gutes Konzept für die Energiewende vorgelegt, hinter dem auch die ganze Bundesregierung steht. Wir wollen die Erneuerbaren Energien weiter ausbauen, deshalb werden die Strompreise nicht sinken, aber wir müssen verhindern, dass sie weiter ungebremst steigen wie bisher.

Wann kommt die Frauenquote, für die die SPD-Fraktion so gekämpft hat?

Unser Justizminister Heiko Maas hat angekündigt, sehr schnell einen Entwurf für die Quotierung in Aufsichtsräten zu machen. Das ist ein Signal und der Start in mehr Frauenförderung, die sich selbst trägt. Mehr weibliche Aufsichtsräte werden mehr weibliche Vorstände bestimmen, die wiederum weitere weibliche Führungskräfte einstellen und so weiter.

Es gibt eine Reihe von Themen, die der SPD wichtig sind, die aber mit der Union nicht umsetzbar waren, etwa Volksentscheide auf Bundesebene oder die volle Gleichstellung Homosexueller. Fallen diese Themen nun hinten runter?

Wir machen uns jetzt an die Umsetzung des Koalitionsvertrages, in dem eine Menge sozialdemokratischer Politik steckt. Aber natürlich gibt es Langzeitthemen, die wir nicht vergessen.

Wie geht es weiter mit der Frage nach Übergangsfristen für Regierungsmitglieder in die Privatwirtschaft, so genannten Karenzzeiten?

Die Bundesregierung wird schon bald eine Rechtsvorschrift erlassen, die den Übergang von Kabinettsmitgliedern in Unternehmen regelt und damit auch eine Karenzzeit – zwischen sechs und 18 Monaten – vorschreibt. Dazu wird der Bundestag sie per Gesetz ermächtigen. Das ist mit dem Koalitionspartner vereinbart.

Lambrecht führt Fraktionsgeschäfte

Das erste Mal in ihrer Geschichte hat die SPD-Bundestagsfraktion mit Christine Lambrecht eine Frau zur Ersten Parlamentarischen Geschäftsführerin gewählt. Für sie wird es nun darauf ankommen, in der Großen Koalition die SPD-Fraktion selbstbewusst und stark zu präsentieren bei gleichzeitiger Kooperation mit der Koalitionsfraktion sowie auch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Opposition.



Christine Lambrecht hat das Handwerk zur Führung der Fraktionsgeschäfte von der Pike auf gelernt. Und sie kennt die Arbeit der Fraktion sowie den Parlamentsbetrieb seit über 15 Jahren aus unterschiedlichen Perspektiven.

Erfahrene Juristin und Verwaltungswissenschaftlerin

Nach dem Abschluss des Ersten und Zweiten juristischen Staatsexamens hat Christine Lambrecht in Speyer den Aufbaustudiengang zur Verwaltungswissenschaftlerin absolviert. Seit 1998 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Dort vertritt sie den hessischen Wahlkreis Bergstraße. Damals holte die selbständige Rechtsanwältin ihren Wahlkreis direkt, was ihr 2002 ein weiteres Mal gelang.

Führen mit Vertrauen

Lambrecht gilt als gute ZuhörerIn und Strategin. Sie ist durchsetzungsstark und hat mehrfach in der politischen Arbeit bewiesen, dass sie Konflikte zwischen unterschiedlichen Interessenlagen durch Gespräche löst, an deren Ende gemeinsam erarbeitete Kompromisse stehen. Die 48-Jährige setzt auf eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens. Brückenbauen ist ihre Stärke, um so übergeordnete politische Ziele für mehr Gerechtigkeit in unserem Land zu erreichen.

Seit über 30 Jahren aktiv für die Sozialdemokratie

Seit 1982 ist Lambrecht Mitglied der SPD. Früh begann sie in der Politik zu gestalten und die Dinge in die Hand zu nehmen: von 1985 an als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der südhessischen Stadt Viernheim und später als deren Vorsitzende. Dem Kreistag des Kreises Bergstraße gehörte sie rund acht Jahre ab 1989 an.

15 Jahre Arbeit im Parlament in unterschiedlichen Positionen

Nach ihrer Wahl in den Bundestag war Christine Lambrecht zunächst Mitglied im Rechts- und Sportausschuss. Im Zuge des CDU-Spendenskandals arbeitete sie ab dem Jahr 2000 als Mitglied des Untersuchungsausschusses mit an der Aufklärung der Vorgänge. Ab 2002 war sie stellvertretende rechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. In der 16. Wahlperiode von 2005 bis 2009 gehörte sie dem Ältestenrat des Deutschen Bundestages an und war Sprecherin der Arbeitsgruppe Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. Nach der Bundestagswahl 2009 war die Viernheimerin bis 2011 rechtspolitische Sprecherin und Mitglied des Fraktionsvorstandes. Im Frühjahr 2011 wählte sie die SPD-Bundestagsfraktion zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden für die Bereiche Inneres und Recht. Seit Mai 2011 war Lambrecht auch im höchsten Ausschuss des Bundestages, dem Vermittlungsausschuss, tätig.

Außerdem ist sie stellvertretende Vorsitzende des SPD-Bezirksvorstands Hessen Süd und Vorstandsmitglied des hessischen SPD-Landesverbands der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen. Seit März 2010 ist Christine Lambrecht ehrenamtliche Vizepräsidentin der Bundesvereinigung des Technischen Hilfswerks und unterstützt damit das THW auf Bundesebene.

Arzneimittelpreise im Griff behalten

Die Große Koalition hat noch im Dezember zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, um die Ausgaben der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung für Arzneimittel stabil zu halten. Dazu war es notwendig, das Preismoratorium für patentgeschützte Medikamente per Gesetzbeschluss zu verlängern, es wäre sonst zum 31. Dezember 2013 ausgelaufen. Das Preismoratorium verhindert, dass Preissteigerungen zu Lasten der Krankenversicherungen gehen. Es gilt zunächst bis zum 31. März 2014 und soll durch den zweiten Gesetzentwurf, der im Februar vom Bundestag beschlossen wird, bis Ende 2017 ausdehnt werden.

Zudem regelt der Gesetzentwurf folgende Maßnahmen: Die pharmazeutischen Hersteller müssen den Kassen einen Großabnehmerrabatt gewähren, normalerweise in Höhe von sechs Prozent. Union und FDP hatten diesen Rabatt befristet bis zum 31. Dezember 2013 auf 16 Prozent erhöht. Preismoratorium und erhöhter Herstellerrabatt haben sich in den letzten Jahren positiv auf die Begrenzung der Ausgaben der Krankenversiche-

rung ausgewirkt. Ohne diese beiden Instrumente würde der Preisanstieg schon in diesem Jahr bei rund zwei Milliarden Euro liegen. Bei der aktuellen Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung ist es rechtlich nicht haltbar, den erhöhten Rabatt beizubehalten. Er soll auf sieben Prozent sinken. Sollte jedoch der Bedarf bei den Kassen bestehen, kann der Rabatt auch wieder erhöht werden.

Außerdem soll die Bewertung des Nutzens von Arzneimitteln auf dem so genannten Bestandsmarkt beendet werden. Das betrifft Arzneimittel, die vor dem Inkrafttreten des Arzneimittelneuerordnungsgesetzes (AMNOG) im Jahr 2011 bereits auf dem Arzneimittelmarkt erhältlich waren. Das bisherige Verfahren zur Nutzenbewertung von Bestandsmarktarzneien ist mit erheblichen rechtlichen Unsicherheiten behaftet, sehr aufwendig und teuer. Es bleibt dennoch unser Anliegen, mehr und bessere Informationen über den Nutzen von Arzneimitteln zu bekommen.

Beitragsätze für die Rente stabil halten

Ende 2013 hat der Bundestag einen Gesetzentwurf der Großen Koalition in 1. Lesung beraten, der die Beitragsätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2014 festlegt. Die 2./3. Lesung soll im Februar erfolgen. Da das Gesetzgebungsverfahren nicht mehr 2013 abgeschlossen werden konnte, wurden die Beitragsätze für 2014 am 20. Dezember 2013 im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben. Dadurch wurde Rechtssicherheit für die BeitragszahlerInnen gegeben. Das gilt auch für die Arbeitgeberseite, damit die Beitragszahlungen im Januar 2014 entsprechend erfolgen konnten. Das Gesetz soll rückwirkend zum 1. Januar 2014 in Kraft treten. Ziel ist es, die Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung (allgemeine Rentenversicherung und Knappschaft) stabil zu halten. Dadurch, dass der Beitragssatz in der allgemeinen Rentenversicherung bei 18,9 Prozent und in der knappschaftlichen Rentenversicherung bei 25,1 Prozent auch 2014 beibehalten wird, wird die gesetzliche Rentenversicherung anders als bei einer Absenkung auf 18,3 Prozent (allgemeine Rentenversicherung) bzw. 24,3 Prozent (Knappschaft) Mehreinnahmen in Höhe von 7,5 Milliarden Euro erreichen.

Diese Absenkung hätte sich nach dem bislang geltenden Recht ergeben, da die Beitragsätze zu reduzieren sind, wenn mehr als das 1,5-fache der Monatsausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung am Ende des nächsten Jahres als sog. Rücklage zu erwarten sind. Aufgrund des Rentenpakets mit der Ausweitung der Kindererziehungszeit, den Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und dem Einstieg in den abschlagsfreien Rentenzugang nach 45 Beitragsjahren ab dem 63. Lebensjahr, stehen im nächsten Jahr höhere Ausgaben an, als dies mit dem abgesenkten Beitragssatz mittelfristig möglich wäre. Die zwischen Union und SPD verabredete Regelung zum Aufbau einer höheren Rücklage ist sozial ausgewogen, auch hinsichtlich der demografischen Entwicklung.

Patriot-Einsatz in der Türkei verlängert

Seit Anfang 2013 ist Deutschland an dem NATO-Einsatz „Active Fence“ in der Türkei beteiligt. Der Bundestag hat das Mandat mit Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion verlängert.

Das Patriot-Mandat ist ein Verlängerungsmandat zur Verstärkung der integrierten NATO-Luftverteidigung in der Türkei. Auf Bitten der Türkei hatten im vergangenen Jahr sowohl die Niederlande, die USA als auch Deutschland nach Beschluss des Nordatlantikrates Luftabwehrsysteme vom Typ Patriot in die Türkei verlegt.

Die Verstärkung der Luftverteidigung ist eine ausschließlich defensive Maßnahme. Die Türkei ist unverändert der vom Syrien-Konflikt am stärksten betroffene Nato-Partner. Das syrische Regime verfügt über ballistische Trägersysteme mit einer Reichweite von bis zu 700 Kilometern, die damit einen großen Teil des türkischen Territoriums erreichen können. Die Türkei selbst verfügt über keine eigenen Fähigkeiten zur Abwehr von ballistischen Raketen.

Aufgrund der anhaltenden angespannten Lage in der Grenzregion zwischen der Türkei und Syrien hat die Türkei ihren Antrag an die NATO erneuert.

Es ist im Mandat ausdrücklich festgelegt, dass der Einsatz sich nur auf türkisches Territorium bezieht. Eine Einwirkung auf syrisches Territorium ist ausgeschlossen. Der deutsche Einsatzstützpunkt wurde dementsprechend mit geographischem Abstand zur türkisch-syrischen Grenze gewählt.

Es wird laut Mandat keine deutsche Beteiligung an einer Einrichtung oder Überwachung einer Flugverbotszone in Syrien geben. Damit hat das Mandat einen klar defensiven Charakter und zielt ausschließlich auf militärische Abschreckung. Der deutsche Beitrag ist eingebunden in umfassende politische Bemühungen der Bundesregierung zur Begrenzung der regionalen Auswirkungen des Konflikts. Dazu zählen die humanitäre Hilfe in Syrien und den Nachbarstaaten sowie die Unterstützung Deutschlands bei der Vernichtung syrischer Chemie-Waffen in Einrichtungen der Bundeswehr im niedersächsischen Munster. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dem Antrag der Bundesregierung in namentlicher Abstimmung zugestimmt.

NATO-Einsatz im Mittelmeerraum

Im Rahmen der NATO-Operation Active Endeavour wird der Einsatz deutscher Streitkräfte im Mittelmeer bis Ende 2014 verlängert. Die SPD im Bundestag hat dem Mandat zugestimmt, da es auf Betreiben der Fraktion hin verändert wurde.

Das von der Bundesregierung vorgelegte Mandat OAE umfasst die militärische Seeraumüberwachung, Lagebilderstellung und regionale Zusammenarbeit im Mittelmeer durch maritime NATO-Kräfte. OAE wurde nach Ausrufung des Bündnisfalls (Artikel 5 NATO-Vertrag) im November 2001 durch die NATO-Mitgliedsstaaten beschlossen, um im Mittelmeerraum einen Beitrag zur Terrorismusabwehr und zur maritimen Sicherheit zu leisten.

Der Einsatz beschränkt sich faktisch seit Jahren auf Aufklärung und Überwachung des Mittelmeerraumes. Den seit Ende 2009 von der SPD geltend gemachten fachpolitischen und rechtlichen Bedenken wurde mittlerweile Rechnung getragen.

Das neue Mandat ist ein Übergangsmandat unter veränderten Rahmenbedingungen. Die terroristische Gefahr wird nur noch als rein abstrakt eingeschätzt. Dementsprechend wurde auch der militärische Auftrag den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort angepasst. In der Konsequenz beschränkt sich die Operation Active Endeavour und der deutsche Beitrag darin ausschließlich auf die Aufgaben Seeraumüberwachung und Lagebild austausch.

Im neuen Mandat gibt es auch keine exekutiven Befugnisse zur Gewaltanwendung mehr. Außerdem wird die personelle Obergrenze von 700 eingesetzten Soldatinnen und Soldaten auf 500 abgesenkt. Im Laufe des Mandatzeitraums wird die Bundesregierung zusammen mit den anderen NATO-Partnern die Rechtsgrundlage der Operation verändern und OAE in eine Nicht-Artikel-5-Mission überführen und den bislang bestehenden Bezug zum Bündnisfall aufheben. Dann ist auch eine Mandatierung dieses Routine-Einsatz durch den Bundestag nicht mehr notwendig.

Oppositionsrechte werden gestärkt

Die Opposition im Deutschen Bundestag ist seit der Großen Koalition stark geschrumpft. Grüne und Linke haben zusammen nicht mehr genügend Stimmen, um beispielsweise Untersuchungsausschüsse einzusetzen oder eine Sitzung des Bundestages einberufen zu können. Eine Demokratie aber braucht eine starke und handlungsfähige Opposition. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist es darum selbstverständlich, deren Rechte zu stärken. „Union und SPD haben den Oppositionsfraktionen die Sicherung der Minderheitenrechte zugesagt. Die Koalition wird das Anfang des Jahres zügig umsetzen“, hatte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann schon vor Weihnachten angekündigt.

Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin Christine Lambrecht stellt klar: „Wir haben gegenüber den Oppositionsfraktionen deutlich gemacht, dass wir ihnen die Möglichkeit einräumen werden, Untersuchungsausschüsse, Anhörungen sowie Sondersitzungen zu beantragen. Das Ob ist also geklärt, es geht jetzt nur noch um die Frage, wie wir es gestalten.“

Dazu hat Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) jetzt einen Vorschlag gemacht, der im Ältestenrat diskutiert wird. Der Vorschlag entspricht weitgehend den Vorstellungen der SPD-Fraktion. Er ermöglicht der Minderheit – wenn sie sich einig ist – zum Beispiel einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, eine Ausschuss-Anhörung durchzuführen oder eine Sondersitzung einzuberufen. Ebenso kann sie auf diesem Weg die Einrichtung einer Enquete-Kommission durchsetzen.

Darüber hinaus soll die Opposition mehr Geld für ihre Arbeit bekommen. Der sog. Oppositionszuschlag soll von zehn auf 15 Prozent pro Abgeordneten steigen. Damit können Grüne und Linke mit jeweils 300 000 Euro mehr pro Jahr rechnen. So soll ihnen ermöglicht werden, externe Expertisen einzuholen und Sachverständige einzuladen. Dadurch sollen Nachteile gegenüber den Regierungsfractionen ausgeglichen werden, die auf die Expertise der Ministerien zurückgreifen können. Sobald sich die Fraktionen endgültig geeinigt haben, kann das Parlament die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages für die Dauer der 18. Wahlperiode entsprechend ändern.

Sie haben die Länderinteressen im Blick

Die 193 Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion setzen sich auch für die 16 Bundesländer und die sie prägenden Regionen ein, egal ob sie „zu Hause“ in ihren Wahlkreisen oder in Berlin unterwegs sind.

Um die Interessen zu bündeln, organisieren sich die SPD-Abgeordneten in 15 Landesgruppen und der Landesgruppe Ost. Sie treffen sich z. B. in jeder Sitzungswoche, um die Anliegen des jeweiligen Landes in der Bundespolitik zu koordinieren. Alle Landesgruppen wählen eine Sprecherin oder einen Sprecherin und je nach Größe auch Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. Die Landesgruppe Ost bündelt die Interessen der sechs Bundesländer im Osten Deutschlands und verleiht ihnen mit 29 Abgeordneten eine stärkere Stimme innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion.

Die Landesgruppensprecherinnen und -sprecher

- **Baden-Württemberg:** Katja Mast
- **Bayern:** Martin Burkert
- **Berlin:** Mechthild Rawert
- **Brandenburg:** Andrea Wicklein
- **Hamburg:** Johannes Kahrs
- **Hessen:** Ulrike Gottschalck
- **Mecklenburg-Vorpommern:** Sonja Steffen
- **Niedersachsen/Bremen:** Lars Klingbeil
(als stellv. Sprecher ist Carsten Sieling für Bremen zuständig)
- **Nordrhein-Westfalen:** Axel Schäfer
- **Rheinland-Pfalz:** Gustav Herzog
- **Saarland:** Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- **Sachsen:** Thomas Jurk
- **Sachsen-Anhalt:** Waltraud Wolff
- **Landesgruppe Ost:** Daniela Kolbe

Die Landesgruppen Schleswig-Holstein und Thüringen hatten bis Redaktionsschluss ihre Sprecher/in noch nicht gewählt. Laufend aktualisierte Informationen veröffentlichen wir auf www.spdfraktion.de.

Die neue Fraktionsspitze stellt sich vor

Nachdem sich im Dezember 2013 die neue Regierung aus Union und SPD gebildet hatte, entschieden die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bundestag über die Zusammensetzung ihres Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes.

Thomas Oppermann ist am 16. Dezember 2013 als Nachfolger von Frank-Walter Steinmeier, der erneut zum Außenminister ernannt wurde, zum Fraktionsvorsitzenden und Christine Lambrecht zur Ersten Parlamentarischen Geschäftsführerin gewählt worden. Sie tritt die Nachfolge von Oppermann an (siehe Interview Seite 6 und Porträt Seite 8). Beide werden gemeinsam in der Großen Koalition eine selbstbewusste, starke Fraktion führen, die geschlossen auftritt.

Am 19. Dezember wählte die Fraktion neun stellvertretende Fraktionsvorsitzende, drei weitere Parlamentarische Geschäftsführerinnen und die Justiziarin.



Sören Bartol

Der 39-jährige gebürtige Hamburger ist Politikwissenschaftler und direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Marburg-Biedenkopf in Hessen. Als stellv. Fraktionsvorsitzender ist Sören Bartol zuständig für die Bereiche Verkehr, Bau, digitale Infrastruktur und Digitale Agenda. Er ist seit 2002 Bundestagsabgeordneter. In der 17. Wahlperiode war er Sprecher der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der SPD-Bundestagsfraktion und leitete die Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“. Hier entwickelte er neue Konzepte im Bereich der Verkehrs-, Energie- und Breitbandinfrastruktur sowie Stadt- und Regionalentwicklung.



Hubertus Heil

Der Politikwissenschaftler vertritt seit 1998 als direkt gewählter Abgeordneter den niedersächsischen Wahlkreis Gifhorn-Peine im Bundestag. Der 41-jährige Hubertus Heil ist als stellv. Fraktionsvorsitzender zuständig für die Bereiche Wirtschaft, Energie, Tourismus, Bildung und Forschung. Bereits in der 17. Wahlperiode war der frühere SPD-Generalsekretär Fraktionsvize und verantwortlich für die Bereiche Wirtschaft und Technologie, Arbeit sowie Tourismus. Er gehört damit zu den zwei Abgeordneten unter den neun Stellvertretern, die in dieser Funktion bereits Erfahrungen sammeln konnten.



Eva Högl

Seit Januar 2009 ist Eva Högl Bundestagsabgeordnete. Sie vertritt den Wahlkreis Berlin-Mitte. Die gebürtige Osnabrückerin ist Juristin. In der 17. Wahlperiode hat sie sich vor allem als Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss einen Namen gemacht. Außerdem war sie stellv. rechts- und stellv. europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Jetzt ist die 44-Jährige als stellv. Fraktionsvorsitzende verantwortlich für die Bereiche Inneres, Recht und Verbraucherschutz, Kultur und Medien sowie Sport.



Karl Lauterbach

Seit 2005 vertritt der Mediziner und Universitätsprofessor (Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie) Karl Lauterbach als Abgeordneter den Wahlkreis Leverkusen-Köln/Mühlheim im Bundestag. Als stellv. Fraktionsvorsitzender ist der bald 51-Jährige zuständig für die Bereiche Gesundheit und Petitionen. In der 17. Wahlperiode war Lauterbach Sprecher der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion. Er hat im Jahr 2004 gemeinsam mit anderen SPD-Gesundheitsexperten das Konzept der Bürgerversicherung entwickelt.



Rolf Mützenich

Der 54-jährige gebürtige Kölner vertritt seit 2002 den Wahlkreis Köln III mit den Stadtbezirken Chorweiler, Ehrenfeld und Nippes als Abgeordneter im Bundestag. Rolf Mützenich ist Politikwissenschaftler. Als stellv. Fraktionsvorsitzender ist er verantwortlich für die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung und Menschenrechte. In der 17. Wahlperiode war Mützenich Sprecher der Arbeitsgruppe Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion.



Carola Reimann

Im Jahr 2000 zog die in Goch im Kreis Kleve geborene Carola Reimann als Nachrückerin in den Bundestag ein. Seitdem vertritt sie dort den Wahlkreis Braunschweig. Sie ist als stellv. Fraktionsvorsitzende zuständig für die Bereiche Arbeit und Soziales sowie Frauen, Senioren, Familie und Jugend. In der 17. Wahlperiode war Reimann Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Gesundheit und in der 16. Wahlperiode war die 46-jährige gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.



Carsten Schneider

Der 38-jährige gebürtige Erfurter ist seit 1998 Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Erfurt-Weimar-Weimarer Land II. Carsten Schneider ist als stellv. Fraktionsvorsitzender verantwortlich für die Bereiche Haushalt, Finanzen und Euro. Der Bankkaufmann war sowohl in der 17. als auch in der 16. Wahlperiode haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Im Zuge der europäischen Banken- und Finanzkrise übernahm Schneider verantwortungsvolle Aufgaben für die Fraktion im Bundestag.



Axel Schäfer

Als einziger SPD-Bundestagsabgeordneter gehörte Axel Schäfer dem Europäischen Parlament an. Jetzt ist er als stellv. Fraktionsvorsitzender zuständig für die Bereiche Angelegenheiten der Europäischen Union sowie Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Für den beurlaubten Generalsekretär der Europäischen Bewegung Deutschlands ist es die zweite Wahlperiode in dieser Funktion. Mit 61 Jahren ist er zugleich der Älteste unter den neun Stellvertretern. Seit 2002 vertritt Schäfer den Wahlkreis Bochum I im Bundestag.



Ute Vogt

Die 49-jährige gebürtige Heidelbergerin ist seit 2009 Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Stuttgart I. Zuvor vertrat Ute Vogt von 1994 bis 2005 den Wahlkreis Pforzheim im Bundestag. Von 2002 bis 2005 war sie Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern. Von 2006 bis 2009 war Vogt Landtagsabgeordnete in Baden-Württemberg. In der 17. Wahlperiode war sie Obfrau für die SPD-Bundestagsfraktion im Untersuchungsausschuss Gorleben. Als stellv. Fraktionsvorsitzende ist die Rechtsanwältin jetzt zuständig für die Bereiche Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie Ernährung und Landwirtschaft.

Ebenfalls am 19. Dezember 2013 wurden drei Parlamentarische Geschäftsführerinnen gewählt.



Bärbel Bas

Die 45-jährige gebürtige Duisburgerin Bärbel Bas vertritt ihre Heimatstadt (Wahlkreis Duisburg I) seit 2009 im Bundestag. Als Parlamentarische Geschäftsführerin ist sie hauptsächlich verantwortlich für die Aus- und Fortbildung in der Fraktion, die Personalplanung und -entwicklung, für das Fraktionsbüro sowie für die Kontakte zu ehemaligen Bundestagsabgeordneten. Zuvor war die Personalmanagement-Ökonomin Leiterin der Abteilung Personalservice in der BKK futur. Dort war Bas zuständig für rund 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ca. 14 Auszubildende.



Petra Ernstberger

Die 58-jährige gebürtige Remscheiderin vertritt seit 1994 den Wahlkreis Hof im Bundestag. Petra Ernstberger ist als Parlamentarische Geschäftsführerin in erster Linie für die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion, die Ausschuss- und Gremienbesetzung einschließlich der Fraktionswahlen sowie für das Protokoll inklusive der Betreuung von Delegationen und Besuchergruppen verantwortlich. Die frühere Hochschuldozentin wurde das erste Mal im November 2004 in dieses Amt gewählt. Ernstberger ist somit das dienstälteste Mitglied im Geschäftsführenden Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion.



Dagmar Ziegler

Seit 2009 vertritt die 53-jährige gebürtige Leipzigerin den Brandenburger Wahlkreis Prignitz-Ostprignitz-Ruppin-Haveland I. Als Parlamentarische Geschäftsführerin ist Dagmar Ziegler hauptsächlich verantwortlich für die Sicherstellung der Präsenz im Plenum, EDV und Beschaffung, für den Bürgerservice und für Kontakte zu gesellschaftlichen Gruppen. In der 17. Wahlperiode war Ziegler stellv. Fraktionsvorsitzende für die Bereiche Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Bildung und Forschung. Zuvor war die Finanzökonomin Mitglied im Brandenburger Landtag und Landesministerin zunächst für Finanzen und später für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie.

Kraft Amtes gehört auch die Justiziarin der SPD-Bundestagsfraktion zum Geschäftsführenden Fraktionsvorstand.



Katarina Barley

Die 45-jährige gebürtige Kölnerin vertritt seit 2013 den Wahlkreis Trier im Bundestag. Auf Grund ihrer umfangreichen Erfahrung als Juristin hat die Fraktion Katarina Barley in ihrer ersten Wahlperiode zur Justiziarin gewählt. Unter anderem war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesverfassungsgericht, Richterin am Landgericht Trier und am Amtsgericht Wittlich sowie als Deutsche Vertreterin im Haus der Großregion Luxemburg tätig. Zuletzt war sie Referentin im Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz in Rheinland-Pfalz in der Abteilung für Verfassungs- und Europarecht.

Erweiterter Fraktionsvorstand, Ausschussvorsitzende, Arbeitsgruppensprecher

Am 28. Januar 2014 hat die Fraktion ihren erweiterten Vorstand gewählt, ihm gehören die folgenden 25 Mitglieder an:

Ingrid Arndt-Brauer (Nordrhein-Westfalen)
Rainer Arnold (Baden-Württemberg)
Doris Barnett (Rheinland-Pfalz)
Lothar Binding (Baden-Württemberg)
Martin Burkert (Bayern)
Sabine Dittmar (Bayern)
Martin Dörmann (Nordrhein-Westfalen)
Elvira Drobinski-Weiß (Baden-Württemberg)
Siegmund Ehrmann (Nordrhein-Westfalen)
Michael Groß (Nordrhein-Westfalen)
Bettina Hagedorn (Schleswig-Holstein)
Oliver Kaczmarek (Nordrhein-Westfalen)
Christina Kampmann (Nordrhein-Westfalen)

Lars Klingbeil (Niedersachsen)
Bärbel Kofler (Bayern)
Burkhard Lischka (Sachsen-Anhalt)
Kirsten Lüthmann (Niedersachsen)
Katja Mast (Baden-Württemberg)
Martin Rabanus (Hessen)
Sönke Rix (Schleswig-Holstein)
Ernst Dieter Rossmann (Schleswig-Holstein)
Udo Schiefner (Nordrhein-Westfalen)
Carsten Sieling (Bremen)
Kerstin Tack (Niedersachsen)
Waltraud Wolff (Sachsen-Anhalt)



Am Tag seiner Konstituierung am 22. Oktober 2013 hatte das Parlament **Edelgard Bulmahn** und **Ulla Schmidt** als Bundestagsvizepräsidentinnen für die 18. Wahlperiode gewählt. Beide gehören Kraft Amtes dem erweiterten Fraktionsvorstand an.

Seit 1987 vertritt die immer direkt gewählte 62-jährige gebürtige Westfälin Edelgard Bulmahn den Wahlkreis Hannover-Stadt II im Bundestag. Von 1998 bis 2005 war die Studienrätin Bundesministerin für Bildung und Forschung. Die 64-jährige gebürtige Aachenerin Ulla Schmidt vertritt ihre Heimatstadt (Wahlkreis Aachen I) seit 1990 im Bundestag. Die Lehrerin für Sonderpädagogik war von 2001 bis 2009 Bundesministerin für Gesundheit (und soziale Sicherheit).

Bereits am 19. Dezember 2013 hatte der Bundestag die Einsetzung von 23 Ausschüssen beschlossen. Die Ausschüsse entsprechen im Wesentlichen dem Ressortzuschnitt der Bundesministerien. Zusätzlich wird der Ausschuss Digitale Agenda eingesetzt, der das Thema Netzpolitik als Querschnittsaufgabe in den Blick nimmt. Die SPD-Bundestagsfraktion stellt in der 18. Wahlperiode sieben Ausschussvorsitzende. Am 14. Januar hat die SPD-Bundestagsfraktion sowohl die Ausschussvorsitzenden als auch die Sprecher und Sprecherinnen der Ausschussarbeitsgruppen gewählt.

Ausschussvorsitzende:

Ausschuss für Arbeit und Soziales: **Kerstin Griese**

Finanzausschuss: **Ingrid Arndt-Brauer**

Ausschuss für Gesundheit: **Edgar Franke**

Ausschuss für Kultur und Medien: **Siegmond Ehrmann**

Sportausschuss: **Dagmar Freitag**

Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur: **Martin Burkert**

Verteidigungsausschuss: **Hans-Peter Bartels**

Sprecherinnen und Sprecher der Ausschussarbeitsgruppen:

Angelegenheiten der Europäischen Union: **Norbert Spinrath** wird die Sprecherfunktion bis Ende Januar 2015 inne haben. Nach ihrer Rückkehr aus der Elternzeit wird **Sabine Bätzing-Lichtenthäler** Sprecherin der Arbeitsgruppe.

Arbeit und Soziales: **Katja Mast** (Baden-Württemberg)

Außenpolitik: **Niels Annen** (Hamburg)

Bildung und Forschung: **Ernst Dieter Rossmann** (Schleswig-Holstein)

Digitale Agenda: **Lars Klingbeil** (Niedersachsen)

Ernährung und Landwirtschaft: **Wilhelm Priesmeier** (Niedersachsen)

Familie, Senioren, Frauen und Jugend: **Sönke Rix** (Schleswig-Holstein)

Finanzen: **Lothar Binding** (Baden-Württemberg)

Gesundheit: **Hilde Mattheis** (Baden-Württemberg)

Haushalt: **Johannes Kahrs** (Hamburg)

Inneres: **Michael Hartmann** (Rheinland-Pfalz)

Kultur und Medien: **Martin Dörmann** (Nordrhein-Westfalen)

Menschenrechte und humanitäre Hilfe: **Frank Schwabe** (Nordrhein-Westfalen)

Petitionen: **Stefan Schwartz** (Nordrhein-Westfalen)

Recht und Verbraucherschutz: **Burkhard Lischka** (Sachsen-Anhalt)

Sicherheits- und Verteidigungspolitik: **Rainer Arnold** (Baden-Württemberg)

Sport: **Michaela Engelmeier-Heite** (Nordrhein-Westfalen)

Tourismus: **Gabriele Hiller-Ohm** (Schleswig-Holstein)

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: **Matthias Miersch** (Niedersachsen)

Verkehr und digitale Infrastruktur: **Kirsten Lüthmann** (Niedersachsen)

Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: **Sonja Steffen** (Mecklenburg-Vorpommern)

Wirtschaft und Energie: **Wolfgang Tiefensee** (Sachsen)

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: **Bärbel Kofler** (Bayern)

Nachgerückt



Der 48-jährige Saarländer Christian Petry rückte für Reinhold Jost im Januar in den Bundestag nach. Der Diplom Verwaltungswirt vertritt den Wahlkreis St. Wendel. Reinhold Jost, der erst am 22. September 2013 neu in den Bundestag gewählt wurde, hat sein Mandat zurückgegeben. Durch die Ernennung von Heiko Maas zum Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz wurde das Kabinett im Saarland umgebildet. Jost wurde Minister für Umwelt und Verbraucherschutz sowie für Justiz im Saarland.

Veröffentlichung

Wir für Sie im Deutschen Bundestag

Verzeichnis der Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion im 18. Deutschen Bundestag, Broschüre (64 Seiten). Erschienen im Januar 2014.



Unsere Veröffentlichungen gibt es im Internet unter www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen oder unter nebenstehendem QR-Code.

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern*** erscheint voraussichtlich am 31. März. Informationen gibt es auch unter www.spdfraktion.de. Aus aktuellen politischen Anlässen kann es dazu kommen, dass der Erscheinungstermin der Fraktion Intern verschoben werden muss. Dafür bitten wir um Verständnis.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Anja Linnekugel

Texte: Stefan Hintermeier, Alexander Linden, Anja Linnekugel, Ali von Wangenheim, Maja Winter

Abbildungen: Abbildungen: Andreas Amann (S. 8), Bilderbox (S. 9), Detlef Eden (S. 12/Eva Högl), Susi Knoll/Florian Jänicke (S. 12,13, 14, 16), Gerrit Sievert (S. 6), Klaus Vhynalek (Titel, S. 5)

Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion

- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-530 48 **Telefax:** 030 / 227-568 00

E-Mail: redaktion@spdfraktion.de

Internet: www.spdfraktion.de

Grafik und Layout: S. Voorwinden

Druck: Braunschweig-Druck

Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:

Telefon: 030 / 227-571 33 **Telefax:** 030 / 227-568 00

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de oder direkt im Internet